

Der Arbeitskreis Wirtschaft der CDU Mitte Berlin und die MIT Mitte fordern:

Markt statt Diktat! - Für ein agierendes Bestandsmanagement!

- 1) Die Bezirksverwaltung muss sich intensiv mit einem agierendem Bestandsmanagement um den Erhalt des Unternehmensbestandes und der Unternehmensstandorte kümmern. Vor allem erwarten die Unternehmen wirtschaftsfreundliche Rahmenbedingungen und einen wirtschaftsfreundlichen Umgang der Verwaltung. Maßnahmen zur Bestandspflege und Bestandserhaltung müssen Priorität haben, um Wirtschaftskraft und um Arbeits- und Ausbildungsplätze im Bezirk zu erhalten.
- 2) Ein Bestands-Management zur Pflege und Erhaltung des gewerblichen Mittelstands ist Ressort übergreifende und koordinierte Wirtschaftspolitik. Deshalb muss der Handlungsrahmen der beim Stadtrat angesiedelten Stabsstelle Wirtschaftsförderung gestärkt werden!
- 3) Gefordert wird der Abbau von bürokratischen und verwaltungstechnischen Hemmnissen. Verwaltungsvorschriften, welche unternehmerisches Handeln unnötig einschränken, sollen identifiziert und konsequent abgebaut werden. Die Verwaltung muss sich zu einem unternehmensfreundlichen und effizienten Dienstleister entwickeln. Mehr Markt statt Diktat!

Verstöße gegen eng gestaltete gewerbliche Vorschriften dürfen nicht nur als Einnahmequelle gesehen werden. Sie sind Anzeichen dafür, dass obrigkeitstaatliche Vorschriften nicht der Wirtschaftswirklichkeit und Praxis entsprechen. Die kommunale Wirtschaftsverwaltung muss solche Problembereiche untersuchen und wirtschaftsfremde Vorschriften überarbeiten.

- 4) Die Situation der Gewerbetreibenden im Bezirk ist in einem Benchmarking nach Gewerbebranchen zu erfassen, damit Indikatoren gefunden werden, aus denen ersichtlich ist, wenn Gewerbebetriebe gefährdet sind, aufgeben oder wegziehen wollen. Schnelle Hilfe und konkrete Unterstützung sind bezirksnah zu organisieren.
- 5) Bauplanerische Instrumente dürfen nicht zur Vernichtung von unternehmerischen Existenzen, von Arbeits- und Ausbildungsplätzen führen. Hier muss im Einzelfall unter Ausnutzung der Ermessensspielräume wirtschaftsnah entschieden werden.
- 6) Die Auftragsvergabe der öffentlichen Hand sollte durch kleinteilige beschränkte Ausschreibungen, vorrangig an Unternehmen im Bezirk erfolgen. Die Bezahlung von geleisteten öffentlichen Aufträgen sollte nach Rechnungserhalt maximal 45 Tagen betragen.
- 7) Keine Tätigkeit von Beschäftigungssuchenden in staatlich finanzierten Beschäftigungsprogrammen, die in direkter Konkurrenz zu bestehenden Arbeitsplätzen stehen!

Wirtschaftliche Potentiale des Bezirks Mitte stärken

- 1) Stärkung der Logistik- und Innovationsstandorte mit Clusterbildung, weiterhin der Gewerbehöfe und Themenimmobilien.
Vorhandene und sich herausgebildete Strukturen in Themenimmobilien müssen weiter vernetzt und durch gezielte Ansiedlungspolitik gefördert werden, wie
 - Biotechnologie am Standort Wedding,
 - IT- Technik am Standort Moabit West und
 - Gesundheit und Wissenschaft an den Standorten Charite, Virchow und Schering.
- 2) Die Zusammenarbeit zwischen Bezirk und den Senatsverwaltungen zur Stärkung der Kompetenzfelder Berlins für Neu- bzw. Ausgründungen (z.B. Medizintechnik Charite) muss unter Einbeziehung der Ansprechpartner bestehender Unternehmen intensiviert werden.
- 3) Aktives Begleiten der Unternehmen beim Strukturwandel, vor allem, wenn die Unternehmen öffentliche Förderung erhalten haben.
- 4) Entwicklung vorhandener Gewerbebrachen in Richtung Potentialentwicklung. Auflagen wie Parkplätze oder Anteil an Wohnungen sollten an den Bedürfnissen des Investors ausgerichtet sein.
Hierbei fordern wir auch gründerfreundliche Erbbauzinsen!
Ermessensspielräume in Fragen der Stadtplanung und bei Genehmigungsverfahren (Denkmalschutz, Stadtbild usw.) sind im Sinne von Investoren anzuwenden. Es muss genehmigt, statt verhindert werden!
- 5) Gezielte Zusammenarbeit mit Forschungseinrichtungen und Nachfrage nach Forschungsergebnissen, um damit wissenschaftlichen Erkenntnissen schneller zu neuen Produkten und Dienstleistungen umzusetzen. Eine ausgeprägte Anwendungsnähe der Forschung führt durch die Innovationen spürbar zu mehr Wirtschaftswachstum und Beschäftigung, vor allem in den mittelständischen Unternehmen.
- 6) Die Umstellung in der IBB von der Gewährung von verlorenen Zuschüssen in Darlehen und die Vergabe über die jeweilige Hausbank wird unterstützt.
- 7) Stärkere Zusammenarbeit mit den Jobzentren. Hier muss bedarfsgerecht angeboten, vermittelt und weitergebildet werden!

Anziehungskraft des Bezirks Mitte für Touristen stärken

- 1) Die Mehrsprachigkeit und die Kundenfreundlichkeit auch bei Beratungsgesprächen nicht nur im Gastronomiebereich, sondern auch im Einzelhandel ist zu fördern. Dazu sind entsprechende Aktionen zu initiieren und Unternehmen regelmäßig auf konkrete Angebote aufmerksam gemacht werden.
- 2) Das touristische Wegeleitsystem für Fußgänger ist bedarfsgerecht und vor allem mehrsprachig aufzustocken.

- 3) Zu sorgen ist für mehr Sauberkeit gerade im Zentrumsbereich, damit die Aufenthaltsqualität gesteigert und die Attraktivität der Kernpunkte im Bezirk unterstützt werden.
- 4) Der Tourismus ist Arbeitsplatzbeschaffer vor allem auch in Mitte. Damit von den arbeitsintensiven Servicebereichen auch die in Mitte wohnenden Bürger mehr profitieren ist eine bedarfsgerechte Fort – bzw. Weiterbildungsinitiative zu starten.

Verkehrsinfrastruktur im Bezirk verbessern

- 1.) Berlin-Mitte muss über eine moderne und leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur verfügen, damit kleine und mittlere Unternehmen ebenso wie Großunternehmen im Bezirk bleiben oder sich hier neu ansiedeln. Dies setzt insbesondere eine optimale Anbindung an den Straßen- und Schienenverkehr voraus.
- 2.) Der neue Hauptbahnhof als Zentrum eines Eisenbahnkreuzes ist ein Gewinn für Mitte. Er muss durch öffentliche Verkehrsmittel noch besser erschlossen werden. Daher hat die Verlängerung der U5 vom Alexanderplatz zum Hauptbahnhof höchste Priorität.
- 3.) Beklagenswert ist der Zustand der öffentlichen Straßen in Berlin und im Bezirk. Das heißt, die Unterhaltung und Sanierung des bestehenden Straßennetzes hat Vorrang.
- 4.) Um Mitte vom Durchgangsverkehr zu entlasten, ist die Vollendung des Stadtautobahnringes unerlässlich.
Darüber hinaus müssen Konzepte für eine bessere Anbindung Berlins mit den Wirtschaftszentren Stettin, Posen, Warschau, Breslau und Prag in Zusammenarbeit mit Senat, Bundesregierung, polnischer und tschechischer Regierung sowie der Europäischen Kommission entwickelt werden, um Berlin zu einem europäischen Verkehrsknotenpunkt auszubauen.
Ein rascher Ausbau der Autobahnen und Eisenbahnstrecken zu diesen Zentren ist anzustreben. Für Berlin-Mitte ist dabei der Ausbau des Westhafens wichtig.
- 5) Unerträglich sind die Parkbedingungen in der Spandauer Vorstadt. Wir fordern sowohl für die Anwohner, als auch für die Besucher ein Parkhaus in der Spandauer Vorstadt!

Arbeitskreis Wirtschaft und MIT

22. Mai 2006

federführend:

Jürgen F. Matthes, Florian Schwanhäuser, Gabriele Coccozza, Dr. Tamara Zieschang, Peter Gierich, Esther Tromp-Koppes u.v.m.